

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Durch unsere Seiten  
für ein Jahr monatlich 60.00 Mark.  
Bestellungen nehmen die Anzeiger  
und für Anzeigen die Postämter  
entgegen. — Erscheint wöchentlich,  
Sonderdruck-Anschlag Nr. 23.  
Telegraphische Anzeigergebühren.  
Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Abgabepreis für die Anzeigergebühren  
Bestellungen für Anzeigen aus Aue und  
Umgebung 60.00 Mark, auswärts  
Anzeigen 10.00 Mark, Restliche  
10.00 Mark. Bei größeren Ab-  
nahmen auf besonderen Rabatt.

Nr. 217

Sonnabend, den 16. September 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

In der Reparationskommission soll die Be-  
weiskraft zu einer gütlichen Regelung vorgehan-  
den sein; auch in Brüssel besteht der Wunsch, zu  
einer Verständigung zu gelangen.

Der Reichsverkehrsminister hat zum 16. d.  
M. den Ausschuss des Reichseisenbahnrats  
nach Berlin eingeführt. Er soll über die prozentualen  
Tariferhöhungen beraten, die zum 1. Ok-  
tober notwendig werden.

In Berliner politischen Kreisen verlautet, daß zum  
Stinnesabkommen noch ein anderer Ver-  
trag zwischen französischen Interessenten und  
einem ersten Berliner Bankhaus zustandege-  
kommen sein soll.

Der Dollarkurs notierte heute vormittag an der  
Berliner Börse mit 1400.

### Die bevorstehenden Landtags- wahlen in Sachsen.

Unsere Meldung, daß die Landtagswahlen am 5.  
November stattfinden sollen, wird nunmehr durch eine  
Bekanntmachung des Gesamtministeriums bestätigt.  
Darin heißt es: Der Landtag hat in der Sitzung vom  
14. September 1922 seine Auflösung beschlossen. Die  
Neuwahl wird gemäß Art. 6 Abs. 2 der Verfassung des  
Freistaates Sachsen auf

Sonntag, den 5. November

festgesetzt. Zu Kreiswahlleitern werden bestellt:  
Für den 1. Wahlkreis Dresden—Bautzen: der  
Ges. Regierungsrat Dr. Weichwange, als Stellvertre-  
ter der Ges. Regierungsrat Dr. v. Heygenborff; bei  
beiden Postanschrift: Kreisobermannschaft Dres-  
den-N. 1, Brühlengasse 6, II., Fernsprechnummer:  
20145.

Für den 2. Wahlkreis Leipzig: der Ges. Regie-  
rungsrat Freiherr v. Der, als Stellvertreter der  
Oberregierungsrat Hempel; bei beiden Postanschrift:  
Kreisobermannschaft Leipzig, Fernsprechnummern:  
18411 bis 18418.

Für den 3. Wahlkreis Chemnitz—Zwickau: der  
Stadttrat Dr. Hartwig, als Stellvertreter der Stadt-  
trat Dr. Scheuffler; bei beiden Postanschrift:  
Chemnitz, Rathaus, Fernsprechnummer: Rathaus-  
zentrale.

Der Kreiswahlleiter im 1. Wahlkreise wird zugleich  
zum Landeswahlleiter ernannt; sein Stellvertre-  
ter hat ihn auch in diesem Amte zu vertreten. Die  
Wahlleiterlisten oder Wahlkarten sind  
vom 8. bis mit 15. Oktober

Sonntag, den 15. Oktober

öffentlich auszuliegen. Die Wahlvorschlüsse sind  
bis spätestens  
bei den Kreiswahlleitern einzureichen.

Zu dem Schlußakt der sächsischen Tragikomödie der  
Landtagsauflösung schreibt der Vorsitzende Dr. Käuf-  
des demokratischen sächsischen Landesverbandes folgen-  
des: Der mit einer Stimme Mehrheit zu sozialistischer  
Mehrherrschaft entartete sächsische Landtag ist in Un-  
schönheit gestorben. Schuld daran trägt die Mehr-  
heit; Sozialdemokratie. Nicht etwa nach der  
Richtung hin, daß die einzelnen sozialdemokratischen  
Minister heute ohne gutem Willen und ohne politische  
Fähigkeiten gewesen wären; zum Teil ist das reine  
Gegenteil der Fall; wohl aber nach der Richtung hin,  
daß die Mehrheitssozialdemokratie nicht die Kraft auf-  
brachte, sich in organischer Entwicklung von dem un-  
würdigen Joch der Kommunisten zu befreien.  
Mit der Auflösung des Landtages ist nunmehr das  
sächsische Volk vor eine schwerwiegende Entscheidung ge-  
steilt. Es kann nicht die Aufgabe des kommenden Wahl-  
kampfes sein, die sozialistische Mehrherrschaft in Sach-  
sen allein mit der Parole: die Bürgerliche, die Sozial-  
demokratie! zu bekämpfen. Ziel des Kampfes muß es  
vielmehr sein, eine aus ihrer Mehrheitsstellung ge-  
drängte Sozialdemokratie williger zu einer gemein-  
samen Arbeit mit den anderen republikanischen  
Kräften des Landes zu machen. Die Sozialdemokratie  
allein ist weder befugt noch befähigt, die ausschließliche  
Trägerin der staatlichen Entwicklung in Sachsen zu sein;  
im Rahmen der gesamten demokratischen Presse aber ist  
sie hierzu wohl in der Lage.

### Neue Not in Oesterreich.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der österreichische Nationalrat ist zu sei-  
ner Herbsttagung zusammengetreten. Noch vor kurzem  
hoffte die Regierung wenigstens das Projekt der Pen-  
traalbank unter Dach und Fach zu bringen. Die  
Anglo-Bank und die Länderbank waren bereit, die  
finanzelle Grundlage dafür zu errichten. Nun aber  
wollen beide Banken das Kapital im Ausland depo-  
nieren. Damit hat die ganze Idee einen tödlichen Stoß  
erhalten. Die Regierung will ihre Vorlage jetzt grund-  
legend verändern, aber sie doch dem Nationalrat unter-  
breiten. Ob das unter den gegebenen Umständen zweck-  
mäßig sein wird, darf als sehr fraglich gelten.

Im Nationalrat hat sich der Bundeskanzler Dr.  
Seipel in seiner Rede im wesentlichen auf die Ver-  
teidigung beschränkt. Er widersprach den falschen Ge-  
rüchten von einem bevorstehenden Bankrott oder einer  
Vollstreckung Oesterreichs, und ebenso bezog er die  
Gerüchte von einem Einmarsch der kleinen Entente  
und von einer Aufstellung Oesterreichs unter seine Nach-  
barn als leeres Gerücht. Der Bundeskanzler hat sicher  
recht, aber die immer wieder auftauchenden Gerüchte  
und der Umstand, daß sie geglaubt werden, beweisen  
den furchtbar erschütternden Krankheitszustand des klei-  
nen Staates, der in seiner gegenwärtigen Gestalt nicht  
zu leben vermag. Es hat keinen Sinn, immer wieder  
die wahre Sachlage zu verschleiern. Oesterreich  
muß sich in Deutschland anschließen, wenn  
es vor dem sicheren Tode bewahrt bleiben will. Das  
hat namentlich der sozialistische Abgeordnete Dr. Otto  
Kauer in seiner Rede klar ausgesprochen. Bauer ist  
stark ein sozialistischer Dogmatiker, aber doch auch ein  
Mann von klarem politischen Verstande. Seine Rede  
hebt sich weit über die üblichen Unschärfen vom  
notwendigen Anschluß Oesterreichs an das Mutterland  
hinaus. Man steht immer wieder auf die sinnlose  
Zeit des Friedensvertrages, wenn man der Not in Oester-  
reich wirksam zu Hilfe gehen will. Alle Recepte, die  
den Anschluß vermeiden möchten, erweisen sich als un-  
sinnig. Die Itali- und Münchunion mit Ita-  
lien wird von den italienischen Wirtschaftlern verworfen.  
Der Unionsgedanke ist nur das geschäufelte Schlag-  
wort der gedankenlosen Nationalisten. Für sie existieren  
keine wirtschaftlichen Probleme. Die Nationalisten aller  
Länder kennen nur die eine Lösung: mehr Land, ver-  
größertes Staatsgebiet! Alle wirtschaftlichen, politi-  
schen und psychologischen Unmöglichkeit werden von  
ihnen leichtfertig mit einer Handbewegung beiseite ge-  
schoben. Der unersättliche Imperialismus kennt die  
Schwierigkeiten der nationalen Winderheften nicht. Er  
ist in allen praktischen Fragen blind, und insbesondere  
fehlt ihm jedes Verständnis für die Schwörungen der  
Seele. Die Nationalisten Italiens und der kleinen En-  
tente müssen sich von Otto Bauer sagen lassen, daß die  
Politik einer Wirtschaftsunion Oesterreich zu einer Ro-  
lonie Italiens herabdrückt. Dagegen bäumt sich  
selbst dieser starke Internationalist auf. Ebenso vertritt  
er die Kreditkontrolle unter ischachischer  
Führung. Eine solche Finanzkontrolle müßte Oester-  
reich völlig seiner Selbstständigkeit berauben. Es ist un-  
menschlich bemerkenswert, daß es der radikale Sozialde-  
mokrat Dr. Bauer ist, der eine solche Kontrolle für  
unerträglich erklärt. Bauer versteht das freilich nicht  
im nationalen, sondern auch im wirtschaftlichen Sinne.  
Eine ischachische Kreditkontrolle in Wien würde syste-  
matisch die österreichische Wirtschaft den ischachischen  
Interessen unterordnen und die österreichische indu-  
strielle Konkurrenz völlig lahmlegen. Es müßte die  
Not Oesterreichs für diesen Winter unerträglich und  
ihre Folgen unabsehbar machen, wenn jetzt nur auch  
noch eine ischachische Kontrolle die Industrie einfach  
nach den Bedürfnissen ihrer ischachischen Konkurrenz  
umstellt oder sie völlig zum Stillstand bringt. Alle  
diese Wege sind ungangbar, und sie sollen ja doch nur  
dazu dienen, die österreichische Aufmerksamkeit vom  
Anschlußgedanken abzuwenden. Aber gerade das Schien-  
seine nachhaltigste Propagandierung. Soeben hat man  
selbst in Paris eingesehen, daß es einen unhaltbaren  
Frieden gibt, den von Gebre. Die Franzosen sind  
es, die am radikalsten für seine Revision eintreten.  
Noch viel unsinniger sind die Verträge von Versailles  
und St. Germain. Man verachtet doch endlich auf-  
jense Politik, die das europäische Uebel tagtäglich be-  
größert und fordert entschlossen einen wahren Frieden  
im Herzen von Europa. Wenn auch der österreichische  
Bundeskanzler das ganze gegenwärtige Gerücht noch in  
das Reich der Fabel weisen konnte, so weiß doch nie-  
mand mit Sicherheit die Entwicklung in Oesterreich  
auch nur für die nächsten Tage vorauszusagen. Selbst  
Auen in Oesterreich ist auch nicht ohne Rückwirkungen

auf Deutschland. Es ist darum höchste Zeit, daß  
man dem unglücklichen Lande durchgreifend hilft und  
ihm die Möglichkeit gibt, im Anschluß an den allein  
narrischen größeren Staatskörper Deutschland die Mög-  
lichkeiten einer allmählichen Genesung zu finden.

### Die sozialistische Wahl- niederlage in Thüringen.

Als Ergebnis der letzten Sonntag in Thüringen  
durchgeführten Stadtrats-, Kreisrats- und Gemeinde-  
wahlen steht nunmehr fest, daß die sozialistischen Par-  
teien nur 181 Sitze gegen 195 Sitze nichtsozia-  
listische erhalten haben. Der Vorwärts führt die Nie-  
derlage hauptsächlich auf die wüste Wahlagitation der  
Kommunisten und auf die Verärgerung der Massen  
durch die wirtschaftlichen Notstände, insbesondere durch  
den Preiswucher zurück. Nun hatte die thüringische  
sozialistische Regierung angekündigt, daß auch der Land-  
tag neu gewählt werden müsse, wenn die jetzt statt-  
gehabten Wahlen eine wesentliche Verschlebung der  
Parteiverhältnisse ergeben sollten. Diese Verschlebung  
ist zweifellos eingetreten, wenn es sich auch bei den  
Sonntagswahlen nicht lediglich um politische, sondern  
auch um kommunale Entscheidungen und vielfach um  
Personenfragen gehandelt hat. Die Rechtsparteien  
sindigen denn auch bereits einen Vorschlag  
auf Landtagsauflösung an, falls die sozialistische Re-  
gierung Neuwahlen widerstreben sollte. Nach der Gal-  
tung des Vorwärts scheint ein solches Widerstreben ab-  
schlich in Aussicht genommen zu sein, aber vielleicht  
veranlassen doch die Lehren der sozialistischen Regie-  
rung in Sachsen die Regierung in Thüringen zum  
rechtzeitigen Einlenken. Dies Einlenken braucht  
nicht in Landtagsauflösung zu bestehen, sondern kann  
auch reinliche Scheidung von den Kommunisten und  
Zusammengehen mit den republikanischen, demokrati-  
schen Elementen des Landes Thüringen bedeuten.

### Die Russen melden sich.

Die Siege der Türken haben nicht nur in der  
mosambikanischen Welt, sondern auch in Sowjet-  
rußland außerordentliche Erregung hervorgerufen. Es  
ist ja so überaus interessant, daß die Türken umwälze-  
so wie Wismarck mit dem russischen Rückversicherungs-  
verträge eine händelmäßige Sicherung nach zwei Sei-  
ten besitzen. Frankreich hat mit ihnen den Franklin-  
Drouillon-Vertrag geschlossen und mit Sowjetrußland  
halten sich die Türken schon sehr früh verbündet. Der  
französische Vertrag hat seine Schuldigkeit getan. Die  
Franzosen müssen jetzt in Rücksicht auf England und  
vor allem auf die kleine Entente die Freiheit der Meer-  
engen mit verfechten. Jetzt tritt darum Sowjetrußland  
in Aktion. Die Räteregierung hatte gleich nach dem an-  
schließenden Sieg der Türken ein überaus herzliches  
Gladwinstelegramm nach Ankara gerichtet, in dem  
man auch lesen konnte, daß das Schwarze Meer nun  
wieder russisch-türkisches Gewässer geworden  
sei. Die Russen möchten sich mit der Türkei über die  
Meerengen verständigen, und die Engländer von  
dort vertreiben. Bündnis hat die Sowjetregierung  
sich den Ententemächten als Vermittlerin angeboten.  
Es wird, um bei der Gestaltung der Dinge mitzureden,  
sicher noch in stärkerer Weise hervorgerufen als bisher.  
Gerechtweise könnte die Entente gar nicht bestreiten,  
daß ein vitales russisches Interesse in der Meerengen-  
frage vorliegt.

### Kleine politische Meldungen.

Unterzeichnetes deutsch-polnisches Abkommen. Gebern  
wurde in Katowitz ein deutsch-polnisches Abkommen über die  
Ausführungen der Bestimmungen der Genfer Konvention, be-  
treffend die Sozialversicherung, abgeschlossen. Das  
Abkommen ist namens der deutschen Regierung von dem Ge-  
sandten Dr. Eckardt und dem Vizepräsidenten Dr.  
Schwenda, polnischerseits von dem Vizepräsidenten Sey-  
ba unterzeichnet worden.

Revision des Republikanengesetzes. Beim Wiederauf-  
tritt des Reichstages soll von bürgerlicher Seite der Ver-  
such gemacht werden, durch einen gemeinsamen Antrag der  
Mittelparteien einige Schärpen des Republikanengesetzes zu be-  
seitigen und vor allem die freie Meinungsäußerung  
der Presse sicherzustellen.

Einfuhrbeschränkung. Die ungünstige Wirtschaftslage des  
Reiches hat den Reichsernährungsminister veranlaßt, die Ein-  
fuhr entbehrlicher Lebensmittel und Genussmittel über die bereits  
ergangenen Verbote auszuschießen. Es handelt sich besonders  
um Datteln, Nüssen, Zuckerwerk, in Traubenwein  
eingelegte Früchte und Obst.

Die Rat der Städte. Der Vorstand des deutschen Städte-  
tages beschäftigte sich in einer Sitzung in München mit der